

Baum, Gregory Gerhard, Hubert Frankemölle und Christoph Münz (Hg.): Frieden für Israel. Israeli Peace-and-Human-Rights-Groups in Israel, unter Mitarbeit von Carmit Cohen-Krane und Heribert Krane. Paderborn-Frankfurt am Main 2002. 275 S.

Die in diesem Band versammelten Beiträge liefern einen systematischen Überblick über mehr oder minder formalisierte Friedensgruppen in Israel, von den „Rabbis for Human Rights“ über das „Israeli Committee Against House Demolitions“ und das „Israeli Center for Human Rights in the Occupied Territories (B'tselem)“ bis zum Schul- und Studienzentrum „Neve Shalom / Wahat Al Salam“ im ehemaligen Niemandsland am Fuße der Judäischen Berge. Nur zwei Gruppen führen den politisch bilateralen Ansatz im Titel: das „Israeli Council for Israeli-Palestinian Peace (ICPP)“ und „Taayush“ (etwa „Gemeinsam leben“). Hinweise auf die Zusammenarbeit der jüdischen und arabischen „Frauen in Schwarz“ in Israel sucht man vergebens. Die Porträts werden ergänzt durch eine Einführung in die Terminologie und Struktur des Konflikts, durch eine kleine, thematisch gegliederte Liste mit Literaturempfehlungen und durch Reisetipps. Von besonderem Wert sind die eingestreuten Namen der Websites, die den Leser zur Nacharbeit anregen.

Wie die Herausgeber betonen, verbindet die Gruppen trotz aller Kritik an ihrer Regierung „eine tiefe Liebe zu Israel, einem Land, dass sie sich als einen jüdischen Staat mit einer gerechten Gesellschaft vorstellen Seite an Seite mit einem palästinensischen Staat, ebenfalls mit einer gerechten Gesellschaft“. Die Anlage als Nachschlagewerk verzichtet denn auch die nähere Betrachtung der Gemeinsamkeiten und Trennlinien zwischen diesen Gruppen, was noch einmal durch die Entscheidung unterstrichen wird, teils professionelle, teils spontane Texte zu dokumentieren. Möglicherweise hinterlässt auch der Titel des Buches gewisse Irritationen, weil der „Frieden für Israel“ ohne den Frieden für die Palästinenser eine Illusion bleibt. Gleichwohl wäre es sehr zu wünschen, dass eine aktualisierte Fassung die Öffentlichkeit in den USA erreicht. Mehrere Anläufe in dieser Richtung, so ist zu hören, sind bisher gescheitert.

Reiner Bernstein